

4. Keine Einreisequarantäne bei negativem SARS-CoV-2-Test

Dringliches Postulat Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen), Angie Romero (FDP, Zürich) vom 31. August 2020

KR-Nr. 316/2020, RRB-Nr. 935/23. September 2020 (Stellungnahme)

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Die Schweiz verzeichnet aktuell eine Inzidenz von 232 Covid-19-Fällen pro 100'000 Einwohner, Dänemark dagegen nur 97 Fälle. Trotzdem, wer von Dänemark in die Schweiz reist, muss zehn Tage in Quarantäne, zumindest heute. In einer Woche schon können ganz andere Regeln gelten. Andere Regeln gelten auch, wenn die einreisende Person aus einem angrenzenden Bundesland stammt. Dann ist Covid-19 offenbar nicht ansteckend. Auch zwischen den einzelnen Kantonen, zwischen denen teilweise weit grössere Differenzen bestehen als zwischen einzelnen Ländern, kann frei gereist werden. Inzwischen übertrifft die Schweiz ihre eigenen Quarantänegrenzwerte um fast den Faktor 4. Trotzdem sperrt sie seit Monaten deutlich mehr Personen in die Einreisequarantäne als in die sachlich nachvollziehbare Quarantäne. So befinden sich allein im Kanton Zürich heute 463 Personen aus Portugal in Einreisequarantäne, obwohl Portugal eine tiefere Inzidenz als die Schweiz oder der Kanton Zürich hat. Man muss kein Star-Epidemiologe sein, um die Unverhältnismässigkeit und Nutzlosigkeit dieser Bestimmungen zu erkennen. Trotzdem behauptet der Regierungsrat in seiner Antwort unverfroren «Durch die Quarantäne kann die Übertragung des Corona-Virus auf die übrige Bevölkerung vermieden werden» und weiter, die Einreisequarantäne sei zweckmässig und verhältnismässig. Man müsste lachen, wenn es nicht so traurig wäre. Die Antwort des Regierungsrates liest sich eher wie die Transkription einer weichgespülten BAG-Medienmitteilung (*Bundesamt für Gesundheit*): viele Behauptungen, keinerlei Belege, keine einzige Zahl.

Dabei gäbe es durchaus Zahlen und Plausibilitäten. Sorry, aber das reicht einfach nicht für einen solch massiven Eingriff in die Grundrechte des Menschen und in die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Der Regierungsrat verweist im Wesentlichen darauf, dass mit Einreisetests nicht 100 Prozent aller Infizierten identifiziert werden können. Das stimmt. Ganz offensichtlich gilt diese Anspruchshaltung aber nicht für alle anderen Corona-Massnahmen, sonst hätten wir die Corona-Pandemie ja schon längst überwunden. Der exponentielle Anstieg, den wir dieser Tage erleben, ist trotz Einreisequarantäne eingetreten. Dabei ginge es sehr wohl anders: Griechenland, das, obwohl es ein Tourismusland ist, das EU-EFTA-Land mit den zweittiefsten Infektionsraten ist, setzt seit Monaten auf Einreisetests. Auch Dänemark hat soeben beschlossen, auf ein vergleichbares System zu setzen, obwohl auch Dänemark allen Grund hätte,

sich vor den vergleichsweise hohen ausländischen Infektionszahlen, insbesondere auch vor Schweizerinnen und Schweizer zu fürchten. Nun könnte man locker über solche Aktivitäten hinwegsehen, wenn sie keine so gravierenden Folgen hätten oder von kurzer Dauer wären. Doch inzwischen haben alle verstanden: Corona wird uns mindestens noch dieses Winterhalbjahr begleiten, vielleicht auch länger. Die Folgen dieser neuen nationalstaatlichen Mauern, die wir in Europa im Moment hochziehen, sind verheerend. Geschäftsreisetätigkeit und Tourismus sind weitgehend zum Erliegen gekommen. Wir reden dabei nicht einfach von ein paar Jobs am Flughafen, liebe Rosmarie Joss, wie du auf Facebook geschrieben hast. Wer so etwas sagt, fokussiert mit einer ideologischen Brille einerseits einseitig auf das ungeliebte, aber zahlenmässig gar nicht so bedeutsame Transportmittel «Flugzeug» und verkennt andererseits die ungeheure Abhängigkeit unseres Wirtschaftsraums von der internationalen Vernetzung. Entlang der ganzen Wertschöpfungskette entstehen allein im Kanton Zürich Zehntausende Jobs auf dem Spiel. Es beginnt beim Raumpfleger des Informatikzulieferers eines ÖV-Zulieferers, auch dessen Job ist mit dieser Massnahme gefährdet.

Nach ersten, teils überschüssenden Massnahmen ist es deshalb unsere Pflicht, mit dem Vorliegen von immer mehr Erkenntnissen die einzelnen Massnahmen auf ihre Wirksamkeit und Verhältnismässigkeit hin zu überprüfen. Allein aus rechtsstaatlicher Sicht sind nur Massnahmen zulässig, die eben wirksam und verhältnismässig sind. Bis auf eine kleine Gruppe hat denn auch niemand etwas gegen nachvollziehbare Massnahmen wie persönliche Hygiene, Social Distancing oder Home-Office. Auch der Maskenpflicht fügen sich fast alle klaglos, wie wir an uns selber beobachten können. Verhältnismässigkeit und Wirksamkeit sind hier belegt oder zumindest sehr plausibel. Auf die Einreisequarantäne trifft weder das eine noch das andere zu. Der Regierungsrat behauptet in seiner Antwort einfache Dinge, unterlegt sie aber mit keiner einzigen Zahl. Der Regierungsrat, letztlich aber vor allem das BAG, müssen aber begreifen, dass die Freiheit keine weiche Knetmasse ist, die mit jedem noch so unplausiblen Konzept zur Pandemiebekämpfung gebogen werden kann. Jedes Verbot muss strikt am Nutzen zur Eindämmung der Pandemie gemessen werden. Denn für niemanden nachvollziehbare Regeln untergraben das wichtigste Element im Kampf gegen Corona, die Akzeptanz der Regeln.

Aus all diesen Gründen erstaunt es wenig, dass unsere Forderung nach Einreisetests statt Quarantäne von weiten Kreisen unterstützt wird: von Gewerkschaften, von den grössten Tourismusverbänden, vom Regierungsrat des Kantons Bern – mit einer SVP-geführten Gesundheitsdirektion (*Pierre Alain Schnegg*) –, von allen Flughäfen, von allen namhaften Fluggesellschaften, von vielen FDP-, CVP- und SVP-Bundesparlamentariern. Doch wieso wehrt sich das BAG so für diese offensichtlich absurden Regeln? Der wahre Grund dürfte derselbe sein wie bei der Masken-Geschichte: Diese waren ja wirkungslos, solange zu wenige da waren. In der Kampagne «Orange» nun sind sie auf wundersame Weisung plötzlich eine der Top-3-Massnahmen; so viel zur Glaubwürdigkeit der Aussagen des BAG. Genauso werden Einreisetests wohl wirkungslos sein, solange zu wenige da sind, und unverzichtbar, sobald genügend Tests bereitstehen. Wobei man sich schon

fragen kann, wie andere Länder teils massiv mehr testen können, als es die Schweiz hinkriegt.

Und bevor Sie nun auf Details herumhacken, weil Ihnen die Argumente fehlen: Das Postulat lässt viel Spielraum. Ob die im Postulat skizzierte Variante im Detail die richtige ist, ist zweitrangig. Das liegt erstens in der Natur eines Postulates. Und zweitens kann der Regierungsrat ohnehin nur ein Signal nach Bern senden. In diesem Zusammenhang bedaure ich es, dass die GLP ihr Postulat (*KR-Nr. 356/2020*) zurückgezogen hat. Es hätte dem Regierungsrat vielleicht geholfen, über seinen Schatten zu springen.

Die Antwort des Regierungsrates enthält aber auch einen Lichtblick: Obwohl das heutige Regime zunächst in den höchsten Tönen gelobt wird, traut der Regierungsrat seiner Antwort nicht ganz und ist in Bern vorstellig geworden, damit wenigstens die Dauer der Einreisequarantäne verkürzt wird; auch wenn das nicht wahnsinnig viel bringt, Quarantäne bleibt halt Quarantäne. Die FDP bittet den Regierungsrat, in Bern beim «Feintuning» der Corona-Massnahmen darauf hinzuwirken, dass in Europa nicht wieder Mauern gebaut werden. Besten Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Zuerst ein paar Worte zum zurückgezogenen Postulat der GLP: Nun, ich kann hier festhalten, dass die SVP-Fraktion, wie im «Zürcher Boten» vom 10. Oktober 2020 kommuniziert, die Dringlichkeit unterstützt hätte. Schade, das grossartig vollmundig angekündigte Postulat der GLP, welches ein weiteres Signal nach Bern aussenden sollte, welches die Wichtigkeit dieses Anliegens für den Wirtschaftsstandort unterstreichen wollte, wurde zurückgezogen. Schade, die Grünliberalen erweisen sich wieder als unzuverlässig. Das FDP-Postulat im Gegenzug wird nicht mehrheitsfähig sein und auch von der SVP abgelehnt.

Ab November sollen Schnelltests zur Verfügung stehen. Die Airlines verlangen schon jetzt Testungen am Flughafen. Ja, die Reisetätigkeit ist praktisch zum Erliegen gekommen. Nein, das Postulat der FDP ist nicht die Lösung. Die SVP folgt der Regierung, findet keine Begeisterung für einen Bericht, der frühestens in einem Jahr vorliegen würde. Zudem muss festgehalten werden: Testen kostet. Rechnen wir vier Monate à 20'000 Tests täglich à 160 Franken ungefähr, dann sind wir bei 380 Millionen Franken, die nur zu Testzwecken ausgegeben werden. Sie führen noch zu keinen Resultaten, sie führen noch zu keinen besseren wirtschaftlichen Bedingungen, sie werden nur für Testzwecke ausgegeben. Im Vergleich dazu hat Deutschland bis zur Kalenderwoche 41 schon 800 Millionen Euro für Tests ausgegeben, wobei diese 800 Millionen auf der Berechnung basieren, dass ein Test in Deutschland unter 50 Euro kostet. Sie sehen also, der Testwahn hat begonnen und die Tests sagen eigentlich nicht viel aus. Darum kann auch das Postulat der FDP nicht unterstützt werden, denn nur mit Testen allein hat man eine Momentaufnahme, und diese ändert sich. Sie haben es beim Fussballer Shaqiri (*Xherdan Shaqiri, Schweizer Nationalspieler*) gesehen: Ein Tag positiv, der andere Tag negativ, testen wir weiter, vielleicht wieder positiv. Es ist kein verlässliches Ergebnis und es kostet zu viel. Vielleicht muss die ganze Strategie

überdacht werden. Wir vertrauen unserer Gesundheitsdirektorin (*Regierungsrätin Natalie Rickli*) und lehnen das Postulat ab.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Wir lehnen das überflüssige Postulat ebenfalls ab. Wir denken, dass es auch nicht systemkonform ist, wenn ein Parlament jede Woche auf neue Erkenntnisse reagiert. Es ist eine typische Regierungsaufgabe, die notwendigen Massnahmen umzusetzen und dem neuen Erkenntnis- und Wissensstand anzupassen. Ein Aktivismus lohnt sich nicht. Die Erkenntnisse wachsen ja wöchentlich. Da macht es keinen Sinn, wenn wir Massnahmen beschliessen, die vielleicht heute schon überholt sind. Lehnen Sie das Postulat ab.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Massnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus sind wichtiger denn je. Auch die Quarantäne ist eine der effektiven Massnahmen gegen die weitere Verbreitung des Corona-Virus. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung muss immer Vorrang haben.

Die FDP fordert, die Quarantänezeit bei Vorliegen eines bis zwei Tage alten Tests bei Einreise aus einem Risikoland gänzlich zu streichen. Dieser Vorschlag steht etwas quer in der Corona-Landschaft und ist nicht vertretbar. Wir anerkennen zwar, dass über eine Verkürzung der Quarantänefrist nachgedacht werden soll. Eine Kürzung – ja, aber nie und niemals eine Streichung der Quarantäne, wenn ein ein bis zwei Tage alter Test bei der Einreise vorgelegt werden kann. Denn eine Person kann sich schon früher angesteckt haben. Und vor Beenden eines Aufenthalts ist es nicht unüblich, wenn man noch Partys feiert und/oder zusammen anstösst. Und genau diese Events würden in keiner Art und Weise berücksichtigt werden. Ein zwei Tage alter Test ist sicher ein No-Go bezüglich Gesundheitsschutz, was auch die Regierung bestätigt hat. Die Grünliberalen werden das Postulat deshalb nicht überweisen.

Eine fixe Zehn-Tage-Quarantänefrist soll aber durchaus überdacht werden. Der wichtigste Grund ist die Akzeptanz in der Bevölkerung. Denn es ist schwierig zu erklären, weshalb man nach einem Negativtest nach beispielsweise fünf oder sieben Tage seit Einreise oder einem Clubbesuch noch weiter in der Quarantäne bleiben muss. Die Akzeptanz ist wichtig. Wenn die Bevölkerung die Massnahmen versteht und nachvollziehen kann, ist sie eher bereit, diese strikt zu befolgen. Und wir brauchen eine kooperierende Bevölkerung dringender denn je. Auch unsere Nachbarländer Österreich und Deutschland kennen die Möglichkeit, die Quarantänefrist für symptomlose Personen mit einem negativen Testresultat vorzeitig beenden zu können. Deutschland hat eine Quarantänebefreiung bei Einreise mit Vorweisen eines negativen Tests, wie hier gefordert, wieder aufgehoben. Neu gilt bei der Einreise grundsätzlich eine zehntägige Quarantänepflicht. Sie kann erst beendet werden, wenn ein negativer Test vorgelegt wird, der frühestens ab dem fünften Tag der Einreise durchgeführt werden kann. Eine Kosten-Nutzen-Abwägung der Quarantänedauer ist sinnvoll. Es ist deshalb erfreulich, dass der Bund der Swiss Science Task Force den Auftrag gegeben hat, den Nutzen der Quarantäne und mögliche Lockerungen zu prüfen. Eine Studie der ETH dazu wurde Ende September veröffentlicht: Die Resultate sind interessant: Nach der Einreise aus

einem Risikoland wird demnach bei einer zehntägigen Quarantäne das Übertragungsrisiko um 73 Prozent reduziert. 72 Prozent sind es, wenn am Tag fünf getestet wird und die symptomlose Person am Tag sieben nach Erhalt des negativen Resultats von der Quarantäne befreit würde. Dies zeigt nur ein 1 Prozent höheres Risiko bei Verkürzung der Quarantäne um drei bis vier Tage. Ein Testen am Tag der Einreise würde das Risiko gegenüber einer zehntägigen Quarantäne jedoch massiv, also um ganze 42 Prozent erhöhen. Das ist aus unserer Sicht in keiner Weise vertretbar. Diese modellierten Zahlen der ETH gelten für Personen ohne Symptome. Diejenigen mit Symptomen oder positivem Testresultat müssen ja sowieso in Quarantäne oder Selbstisolation.

Die Grünliberalen setzen sich für eine Erhöhung der Akzeptanz von wichtigen Massnahmen in der Bevölkerung ein. Im Vordergrund muss immer der Gesundheitsschutz stehen, jedoch darf durchaus auch der soziale und wirtschaftliche Schaden für die Bevölkerung und die Unternehmen während der Quarantänemasnahmen in einer Kosten-Nutzen-Abwägung betrachtet und berücksichtigt werden. Eine evidenzbasierte Verkürzung oder Lockerung der Quarantäne mit negativem Testresultat ab fünf bis sieben Tagen ist eine Option auch zur Erhöhung der Akzeptanz, eine Streichung ist keine. Schnelltests bieten da noch weitere Möglichkeiten, wie schnelleres Erfassen von positiven Personen, rascheres Resultat, Testen in Apotheken oder eine erste Triage bei der Einreise. Im Moment gilt es jedoch, die beschlossenen Massnahmen konsequent umzusetzen, und da sind wir alle gefragt.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Zwei dringliche Corona-Vorstösse hätten wir heute Morgen behandeln sollen. Und wie wir schon gehört haben, wurde der Vorstoss der GLP klugerweise zurückgezogen, weil er von den Entwicklungen der Pandemie bereits überholt worden ist. Das ist typisch für Corona-Vorstösse und mit ein Grund, weshalb die Grünen mit solchen Vorstössen bisher zurückhaltend waren. Die Halbwertszeit eines Corona-Vorstosses beträgt ungefähr drei bis vier Wochen, dann hat sich die Situation wieder deutlich geändert und auch die Erkenntnisse zum Virus haben sich in der Zwischenzeit wieder erneuert. Trotzdem – ich erinnere gerne nochmals daran – sind in diesem Rat seit dem 20. März 2020 über 60 Corona-Vorstösse eingereicht worden. Und mit jedem musste sich die Regierung einzeln beschäftigen. Das bedeutet jedes Mal einen Zusatzaufwand für die Leute, die sich eigentlich um das Problem direkt kümmern sollten, einen Zusatzaufwand, obwohl sich die vorgebrachten Anliegen in der Regel bei Beantwortung oder Stellungnahme zum Vorstoss schon wieder geändert haben und der Vorstoss obsolet geworden ist. Umso erstaunlicher ist es, dass die FDP, die sonst immer auf Effizienz und wenig bürokratischen Aufwand bedacht ist, heute immer noch an ihrem dringlichen Postulat festhält; dies, obwohl die Forderungen darin inzwischen doch wirklich recht quer in der Landschaft stehen. Anstatt also, geschätzter Kollege Bourgeois, irgendwelche Zahlen zu zitieren und für sich selber irgendwelche Zusammenhänge herzustellen, die das Ganze noch irgendwie rechtfertigen, hätten Sie den Vorstoss doch besser einfach zurückgezogen und gesagt: «Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns geirrt, momentan ist nicht

mehr der Zeitpunkt, in dem wir die Massnahmen lockern können. Wir müssen nach vorne schauen und schauen, dass wir einen zweiten Lockdown vermeiden können.»

Wir Grünen lehnen das Postulat aber auch aus anderen Gründen ab. Erstens: Wir unterstützen keine Corona-Massnahmen à la carte. Die FDP verlangt, dass wir die Einreisebestimmungen für alle lockern sollen, obwohl es ihr hier ja in erster Linie nur um den Flugverkehr und den Flughafen geht. Aber wir können doch nicht die Bekämpfung der Pandemie und die Gesundheit der Bevölkerung einfach hinter die Interessen des Flughafens stellen. Wenn man sich die Einreisequarantäne eben nicht leisten kann, wie es in der Begründung des Postulates heisst, ja, was denn? Dann bleibt man eben zuhause, kommuniziert per Video-Konferenz, wie das die Banken und die Versicherungen in unserem Kanton seit dem 12. März ununterbrochen tun. Und man macht seine Ferien eben zu Hause und in der Schweiz und unterstützt damit die lokale einheimische Hotellerie oder das lokale Gastgewerbe. Zweitens lehnen wir dieses Postulat auch ab, weil der krasse Anstieg der positiv Getesteten in den letzten Tagen überhaupt nicht dazu rät, die Corona-Massnahmen zu lockern, im Gegenteil. Mit diesem Postulat sind Sie, wie schon gesagt, auf den Holzweg geraten, liebe FDP.

Und drittens glaube ich, dass Sie gerade in diesem Fall, im Fall der Einreisequarantäne, der Regierung vertrauen dürfen. Es ist ja immer noch Ihre Regierung, nämlich in der Mehrheit eine bürgerliche Regierung. Und diese Regierung hat den Flugverkehr und den Flughafen bisher immer so weit wie möglich gefördert, selbst wenn es weit über die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes Zürich hinausging; dies auch, weil der Kanton Zürich einen Drittel des FZAG (*Flughafen Zürich AG*) besitzt. Wenn also die mehrheitlich bürgerliche Regierung sich hinter Massnahmen stellt, die nicht in erster Linie dem Flugverkehr zuträglich sind, dann darf man wirklich davon ausgehen, dass diese Massnahmen in der aktuellen Situation nötig sind.

Josef Widler (CVP, Zürich): Die CVP wird dieses Postulat ablehnen, wie sie das mit allen Covid-Vorstössen tut. Denn wir glauben nicht, dass das Parlament geeignet ist, Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie vorzuschlagen. Ich erlaube mir trotzdem zwei, drei Bemerkungen zu den Vorstössen, die jetzt zum Teil auch zurückgezogen worden sind:

Die Quarantäne der Einreisenden aus anderen Ländern, so meine ich, sollte tatsächlich überdacht werden, denn die Wahrscheinlichkeit, dass ich mich in Zürich anstecke, ist mindestens so gross wie in einem anderen Land. Es hängt also nicht davon ab, wo ich herkomme und wo ich bin, sondern wie ich mich verhalte. Ich würde meinen: Wenn wir am Hauptbahnhof Zürich 1000 Leute zufällig nähmen und testeten, wäre die Ausbeute etwa gleich wie am Flughafen. Kommt dazu, dass mit dem Test ja nur ein Momentbild gezeigt wird, und ich kann Ihnen sagen: Es ist kein gutes. Letzte Woche sind auch in unserer Praxis die Tests angestiegen und wir haben bereits einen Fall, der typisch ist: Zuerst positiv getestet, dann nachge-

testet und negativ, also falsch positiv – das gibt es –, wir haben auch falsch negative Tests. Also «testen, testen, testen» wird das Problem nicht lösen, sondern die Leute müssen einfach lernen, sich korrekt zu verhalten.

Und jetzt sind wir bei der Quarantäne: Wir haben in der Praxis beobachtet, dass es ganz klar Leute gibt, die sich sicher nicht testen lassen, weil sie Angst haben, in die Quarantäne zu müssen. Sie sagen: Wir halten uns so an die Vorschriften, dass wir niemanden gefährden werden. Das bedeutet, die Quarantäne ist eine Misstrauenserklärung gegenüber dem Bürger. Ich weiss, dass es Leute gibt, die rücksichtslos sind. Ich weiss, dass es dumme Leute gibt, die sich dumm verhalten. Aber sie werden sich trotz aller Vorschriften ebenfalls dumm verhalten. Ob an einem Familienfest fünf, zehn oder 100 Leute sind, kommt nicht drauf an. Wichtig ist, dass jene, die jemanden gefährden könnten, dort nicht dabei sind. Und wichtig ist, dass sich Risikopatienten gut schützen. Der Aktivismus mit Testen und Quarantäne wird das Problem nicht lösen. Wir sind darauf angewiesen, dass jede und jeder Einzelne sich an die wirklich guten Vorschriften hält. Dann haben wir eine Chance, die Pandemie im Griff zu halten. Es wird kalt und die Grippe wird kommen. Und wenn wir es gut machen und die geltenden Vorschriften einhalten, werden wir auch die Grippe einigermassen im Griff halten. Und Sie haben ja selber die Möglichkeit, sich im November hier impfen zu lassen.

Also bitte keine Vorstösse mehr zu Covid-19, sondern einfach persönlich das Richtige tun.

Tobias Mani (EVP, Wädenswil): Auch als EVP-Fraktion lehnen wir das Postulat ab. Es gibt viele berechtigte Fragen in diesem Zusammenhang, nicht alles ist immer stimmig und nachvollziehbar. Aber es macht schlicht keinen Sinn, dass wir hier als Kantonsrat aktiv werden oder gar einen Sonderzug anstreben. Unser Tempo ist viel zu langsam und das Ganze ist sehr dynamisch. Es ist keine Aufgabe des Kantonsrates, hier aktiv zu werden. Es ist eine Regierungsaufgabe und diese ist nicht nur im Kanton, sondern zu einem grossen Teil in Bern angesiedelt. Der Kanton Zürich ist genügend gefordert mit den ihm zugewiesenen Aufgaben. Die Wirtschaft leidet, das ist richtig und das ist auch ein wichtiger Fokus. Aber es geht nicht darum, die Wirtschaft gegen die Gesundheit auszuspielen. Wir befinden uns in einer sehr dynamischen Situation, und das Postulat ist vorliegend keine Hilfe. Hilfreich wäre es, die Vorschriften umzusetzen und auf die Massnahmen der Regierung zu vertrauen.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste AL wird dieses Postulat ablehnen. Wir haben es hier mit dem Gefühl 100. Corona-Vorstoss zu tun, und ich frage mich: Macht das Sinn? Es macht Sinn, wenn über die Quarantäne generell nachgedacht wird, über die Frage der Länge, ob es Alternativen gibt, ob die Reisebeschränkungen Sinn machen, ob die Gefahr, sich in Zürich anzustecken, grösser ist als in Berlin beispielsweise oder in Nizza. Aber diese Fragen stellt sich die Corona-Task-Force, stellen sich die wissenschaftlichen Experten, und es ist nicht Aufgabe eines Parlaments, darüber nachzudenken. Deshalb: Schuster bleib bei

deinem Leisten. Das ist eine Exekutivaufgabe, die auf nationaler Ebene durch das BAG behandelt wird.

Das Postulat steht – wir haben es schon gehört – relativ quer in der Landschaft. Der Bundesrat hat gestern die Spielregeln zur Bekämpfung der Corona-Pandemie weiter verschärft. Jetzt hier quasi bei der Quarantäne nachzudenken, wie wir diese Massnahmen lockern könnten, ist wirklich ziemlich verquer. Wir haben es bei der FDP offenbar mit unentdeckten Talenten zu tun, die im Rahmen der Corona-Pandemie entdeckt wurden. Es zeigt sich hier, dass wir verschiedene Fachleute im Bereich der Virologie und der Pandemie haben, aber ich denke, das macht so alles keinen Sinn. Dieses Postulat gehört für mich eher in die Kategorie der Ahnungslosigkeit. Damit zu politisieren, denke ich, bringt nichts. Besten Dank.

Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen): Die Lage ist ernst, das ist unbestritten. Es sind Massnahmen nötig, aber es besteht kein Grund zur Panik, auch kein Grund zur Kopflosigkeit und auch kein Grund zur unnötigen Bevormundung, lieber Kollege Thomas Forrer, im Gegenteil. Wer krisenmanagement erfahren ist, der weiss, dass es genau in diesen Situationen wichtig ist, innezuhalten und sich periodisch die Frage zu stellen: Tun wir das Richtige und tun wir es effizient? Und da braucht man, Herr Bütikofer, nicht nur Fachleute, sondern auch Leute mit gesundem Menschenverstand. Die Massnahmen, die wir im Rahmen dieser Pandemie treffen, sollten und müssen rasch, gezielt und verhältnismässig sein. Man muss immer wieder überprüfen, ob diese Voraussetzungen gegeben sind. Bei der aktuellen Einreisequarantäne des BAG wird kein einziges dieser Kriterien erfüllt. Es geht dabei auch nicht nur um die Quarantänedauer, sondern auch um die Frage, wer denn überhaupt in die Quarantäne muss.

Ich kann Ihnen gerne ein persönliches Beispiel geben: Ich war in diesen Herbstferien – wie andere von Ihnen auch – im schönen Venedig. Es war super, das Wetter war schön und das Leben fand draussen statt. Die Schutzmassnahmen wurden von Einheimischen und Touristen konsequent und unaufgeregt eingehalten. Wir sind dann ins Piemont weitergereist und wollten dort weitere fünf Ferientage verbringen, doch in der Zwischenzeit hat dann aber am Freitag, 9. Oktober 2020, das BAG die Einreisequarantäne für den 12. Oktober verfügt. Wenn wir also unsere Reise, die wir im Übrigen nicht mit dem Flugzeug gemacht haben, wie geplant fortgesetzt hätten, dann hätte das bedeutet, dass ich bis am nächsten Freitag in Quarantäne wäre; und dies, obwohl ich bei der Einreise seit über sechs Tagen nicht mehr im Risikogebiet gewesen wäre. Also mindestens in unserem Fall hätte so ein Einreisetest definitiv eine aussagekräftige Wirkung gehabt. Nun, wir sind ja flexibel, wir sind vorzeitig zurückgereist, ganz konform ins Tessin. Das war auch schön. Es hatte dort allerdings mehr Fälle. Es hatte auch mehr Leute. Es war dichter, es gab weniger Schutzmassnahmen. Also wenn man noch einen Beweis braucht, wie sinnlose Einreisepolitik geht, dann haben wir hier ein Beispiel: Viel sinnloser geht es wohl nicht, obwohl, Deutschland ist im Moment ja auch sehr originell unterwegs, indem es zwar Einreisequarantäne für die Zürcherinnen und Zürcher aufstellt, aber für den Einkaufstourismus grosszügige Ausnahmen erlaubt.

Nein, im Ernst, es sind genau solche Massnahmen, welche die Betroffenen «hässig» machen. Und nicht nur das, sie untergraben auch die Glaubwürdigkeit des staatlichen Krisenmanagements massiv und schaden. Die meisten Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Land haben ein sehr gutes Gespür für die besondere Lage und sind auch bereit, Einschränkungen in Kauf zu nehmen, wie beispielsweise auch die generelle Maskenpflicht – selbst dann, wenn der Nutzen nicht eindeutig bewiesen werden kann –, einfach, weil sie wissen: Die Lage ist ernst und wir müssen unseren Beitrag leisten. Aus diesem Grund haben wir unser Postulat nicht zurückgezogen, weil wir der Meinung sind, dass wir als Politiker es der Bevölkerung auch schulden, die Massnahmen periodisch kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen und die Geduld nicht mit offensichtlich unverhältnismässigen Massnahmen unnötig auf die Probe zu stellen. Deshalb danke ich für die Unterstützung.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich werde mich nur ganz kurz äussern. Es ist ein Satz gefallen, der mich gestört hat. Es sei nicht unsere Sache, nachzudenken. Doch, natürlich ist es Sache des Parlaments, über alle diese Fragen nachzudenken. Und vor allem stellen sich bei allen Covid-Massnahmen ganz gravierende auch staatsrechtliche Fragen. Solche Massnahmen greifen zwangsläufig in die Rechte der Bürger ein. Es sind letztlich alles Notstandsmassnahmen. Diese müssen eine Rechtsgrundlage haben, müssen notwendig sein und – das ganz Wichtige – sie müssen verhältnismässig sein. Und über die Verhältnismässigkeit von Massnahmen können wir uns natürlich Gedanken machen – auch in einem Parlament. Wir können uns auch dazu äussern. Die Vorstösse, die vorliegen, sind nicht dumm. Die Vorstösse haben alle ihre sinnvollen Gründe, aber mich bewegt etwas anderes, ebenfalls Nein zu stimmen, nämlich: Das Parlament ist zwangsläufig niemals schnell genug, um auf kurzfristige Änderungen in der Sachlage in der Pandemie reagieren zu können. Nicht jeder Entscheid der Regierung und des Bundes – mit Regierung meine ich natürlich die Bundesregierung, nicht unsere, ausser vielleicht Herrn Fehr vom letzten Mal wegen der Prostitution (*gemeint ist die Diskussion über die dringliche Interpellation KR-Nr. 333/2020*), also gut –, nicht jeder Entscheid der Regierung erscheint plausibel. Es gibt auch Entscheide, die zu diskutieren sind und die diskutiert werden müssen. Die Frage ist breit aufgeworfen worden: Macht es Sinn, Quarantänen zu verhängen, Einschränkungen zu verhängen, wenn gleichzeitig Veranstaltungen mit über 10'000 Leuten zugelassen werden? Auch das sind zulässige Überlegungen. Aber wie gesagt, ein Parlament ist zwangsläufig zu langsam, um selber die Richtung von Massnahmen bestimmen zu können. Das Tempo gibt uns die Erkrankungssituation vor, und ich hoffe, dass das Tempo möglichst bald die Möglichkeit der Impfung vorgeben wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Danke, Valentin Landmann, für diese Worte. Ich denke auch, dass wir als Parlament einfach nicht dazu befähigt sind, so kurzfristig und so rasch zu handeln; das liegt in der Natur des Parlaments, nicht an unseren Fähigkeiten. Ich attestiere auch Beatrix Frey,

meiner Kollegin, einige Fähigkeiten, wenn es um die Beurteilung der Pandemie geht, wenn es um die Beurteilung der Massnahmen und so weiter geht, sie ist ja auch Verwaltungsratspräsidentin des Spitals in meinem Bezirk. Aber geschätzte Beatrix Frey, Sie haben jetzt gerade der Bevölkerung vor laufender Kamera vorgemacht, was man nicht tun sollte. Man sollte eben genau nicht sagen: «Aha, die Behörden haben Massnahmen erlassen, ich weiss es aber besser, ich fahre ein bisschen so herum in meinen Ferien und komme dann so und so nach Hause, dann kann ich die Massnahmen gerade noch knapp umgehen. Ich bin zwar in einem Risikogebiet gewesen, aber nachher nicht mehr.» Hin und her und so weiter, und dann stellen Sie eben auch noch auf gesunden Menschenverstand ab. Und woran orientiert sich jetzt der gesunde Menschenverstand? Er orientiert sich an unseren alltäglichen Erfahrungen. Und die Corona-Krise, geschätzte Beatrix Frey, ist keine alltägliche Erfahrung. Da kann ich eben genau nicht auf den gesunden Menschenverstand abstellen, sondern ich muss lernen, wie ich mit dieser Situation umgehe, und eben gerade nicht sagen «Ich weiss es ein bisschen besser als die Behörden. Ich schlage ihnen jetzt noch ein Schnippchen und einen kleinen Haken und komme dann besser davon als die anderen.» Wenn wir uns so verhalten und wenn Sie das so vormachen, dann machen Sie genau der Bevölkerung vor, wie man es nicht tun sollte. Und dann werden weitere Massnahmen nötig. Ich glaube, es ist eher wichtig, dass man an den Verstand der Menschen appelliert statt an den gesunden Menschenverstand, der sich eben in einer anderen Realität ausgebildet hat als in der Corona-Realität. Ich danke Ihnen.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank für diese engagierte Diskussion. Ich bin auch sehr froh, dass ich jetzt von einigen Parteien, insbesondere von der CVP und der GLP auch Zwischentöne gehört habe, das hat mich sehr gefreut. Um die Antwort, weshalb man aus einem Land, das viermal tiefere Infektionsraten hat als die Schweiz, hier in die Quarantäne muss, um diese Antwort haben sich alle gedrückt. Ist ja auch klar, wieso. Man kann sie einfach nicht beantworten, jedenfalls nicht vernünftig. Interessant war, dass mehrmals erwähnt wurde, dass die heutige, die jetzige Situation, wie wir sie seit ein, zwei Wochen haben, gegen das Postulat spreche. Das waren dieselben Leute, die sagen, man solle nicht kurzfristig agieren. Ja, eben genau, man soll nicht kurzfristig agieren. Wir sind der Meinung: Genau jetzt zeigt sich eben, dass das noch längere Zeit dauern wird. Wir reden von Monaten, vielleicht von einem halben Jahr, vielleicht von noch mehr Zeit. Wollen Sie die Bevölkerung ein Jahr lang in der Schweiz einschliessen? Wollen Sie das wirklich? Dann sagen Sie das der Bevölkerung. Sagen Sie ihr: Es gibt zwar keine Logik dahinter, aber wir schliessen euch jetzt ein. Dass das Sozialisten gern machen, die Bevölkerung einschliessen, das wissen wir. Aber ich denke, immerhin auf dieser Seite (*gemeint ist die rechte Ratsseite*) sollte eine gewisse Offenheit da sein, dass das vielleicht nicht unbedingt die beste Idee ist.

Sonja Gehrig, du hast diese Studie von der ETH zitiert. Das ist eine interessante Studie, die habe ich auch gesehen. Aber auch hier setzt du halt voraus, dass man irgendwie 100 Prozent erwischt. Ja, es stimmt, das Risiko steigt um 42 Prozent.

Aber das heisst im Umkehrschluss eben auch, dass diejenigen, die man herausfiltern kann, selbst in einem Land, das doppelt so hohe Raten hat, dann eben nicht mehr Erkrankte sind als in unserer eigenen Bevölkerung. Das ist eben auch der Umkehrschluss dieser Studie, und das muss schon auch zur Kenntnis nehmen.

Dann zu Lorenz Habicher: Ja, Testen kostet, einen Vorstoss lesen kostet nichts. Und im Vorstoss steht ganz klar, dass man selber mit einem Test antreten muss, also darfst du dreimal raten, wer diesen Test bezahlt: nicht die Allgemeinheit, sondern halt eben die Person, die in Corona-Zeiten reisen will.

Und zuletzt zu Kaspar Bütikofer und vielleicht auch ganz allgemein zu unserer Aufgabe bei diesen Fragestellungen: Ich glaube, in den jetzigen Zeiten müssen wir nicht auf Antworten in einem Jahr warten, das ist klar. Wir wissen aber auch, dass im Moment sehr viel Druck über die Medien et cetera Politik gemacht wird und dass das auch wirkt. Es gibt ja einen Grund, dass Natalie Rickli (*Gesundheitsdirektorin*) zum Innenminister (*Bundesrat Alain Berset*) gegangen ist und gesagt hat «Das geht nicht mit diesen zehn Tagen, da müsst ihr irgendwas machen». Und das ist ja auch nicht ihre Kompetenz, sie hat in Bern auch nichts zu sagen, aber trotzdem hat sie's gemacht. Denn sie weiss, es funktioniert eben irgendwie, wenn alle kommen und alle das machen. Das ist auch der Grund, weshalb sich so viele in diese Richtung äussern, deshalb spricht auch nicht dagegen, dass wir mitdenken und uns auch in diese Richtung äussern, wenn wir der Ansicht sind, dass das auf Dauer gerade für den Wirtschaftsstandort Zürich keine geeignete Massnahme ist. Mit «auf Dauer» meine ich nicht diese oder die nächste Woche, sondern die nächsten Monate. Besten Dank.

Bettina Balmer-Schiltknecht (FDP, Zürich): Als Erstes möchte ich nochmals betonen: Ich denke, es ist schon die Aufgabe des Parlaments, die Massnahmen der Regierung mitzuverfolgen und gegebenenfalls kritisch zu kommentieren. Und gerade was die Quarantänedauer betrifft, so finde ich, ist es durchaus angebracht, ein kritisches Votum dazu abzugeben. Darum melde ich mich jetzt an dieser Stelle auch, zumal die GLP ja ihr Postulat zurückgezogen hat, weil es sich tatsächlich glücklicherweise erübrigt hat.

Bei der Quarantänedauer lautet aus meiner Sicht die entscheidende Frage: Wie lange ist jemand ansteckend? Und zu dieser Frage gibt es eine ganz klare Antwort: Die WHO (*Weltgesundheitsorganisation*) sagt, die durchschnittliche Inkubationszeit beträgt fünf Tage. Da frage ich mich wirklich: Warum wird nicht bei einer Person in Quarantäne nach fünf Tagen ein Test gemacht, und wenn dieser negativ ausfällt, die Quarantäne beendet? Eine Studie der ETH kommt offensichtlich zum genau gleichen Schluss. Und wenn wir von der FDP mit unserem Postulat dazu anregen, sich solche Gedanken zu machen, denke ich, ist das Ziel der parlamentarischen Arbeit erreicht.

Was die aktuelle Situation der Pandemie betrifft, finde ich es enorm wichtig, nicht einfach den Kopf zu verlieren, weil die Fallzahlen in den letzten Tagen stark angestiegen sind. Die Situation ist eine komplett andere als im März. Wir haben eine zweite Welle erwartet. Und wir wissen heute auch viel mehr über SARS-CoV-2 und seine Behandlung als noch vor ein paar Monaten. Und schliesslich – das hat

Josef Widler bereits gesagt – ist es einfach sehr wichtig, die mittlerweile vielleicht etwas langweiligen Regeln des BAG zu befolgen. Vor allem der Abstand, aber auch das Händewaschen und Maskentragen in Innenräumen sind nun wichtiger denn je und werden generell auch akzeptiert. Eine schweizweit gleich gehandhabte Regelung ist zu begrüßen, vor allem, wenn jetzt die Zahlen in der Schweiz flächenweit steigen. Ein zweiter Lockdown muss um jeden Preis vermieden werden. Es ist also nicht Hysterie, sondern Disziplin und Durchhaltewillen gefragt.

Thomas Marthaler (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Lieber Herr Bourgeois, Sie sind jetzt enttäuscht, dass Ihr Postulat schlecht ankommt oder nicht gut aufgenommen wird im Parlament. Deswegen müssen Sie aber nicht Behauptungen aufstellen wie die Sozialisten würden die Leute gerne einsperren. Einen solchen Blödsinn können Sie irgendwo in einer Zunftstube oder so erzählen, aber nicht unbedingt hier im Parlament. Das ist wirklich «Täubelen» und kindisch. Noch einmal zum Mitschreiben: Das Parlament ist wirklich nicht das geeignete Forum, um dies mit einem Postulat zu besprechen, das haben wir jetzt den ganzen Morgen lang schon gehört. Sie können sehr gerne eine schriftliche Anfrage machen und Ihre Ergüsse dort formulieren und Tipps geben. Oder noch besser ist es in der Gesundheitskommission (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, KSSG*), dort können Sie auch Einfluss nehmen und der Regierungsrätin Ihre Tipps geben. Aber wir sind sowieso nicht das Gremium, das diese Beschlüsse dann fällt. Darum haben wir hier eine Stunde verloren, und der Erkenntnisgewinn war sehr, sehr tief. Es wäre schlau gewesen, Sie hätten dieses Postulat zurückgezogen, dann hätten wir uns dies heute Morgen ersparen können.

Regierungsrätin Natalie Rickli: Als dieses Postulat am 31. August 2020 eingereicht wurde, verzeichneten wir im Kanton Zürich 21 positive Tests, 22 Hospitalisationen und sechs Beatmete. Wie Sie wissen, mussten wir am Freitag 715 positive Tests und einen Todesfall vermelden. Am Samstag waren es 540 Fälle mit einem Todesfall, gestern Sonntag waren es 526 Fälle. Stand gestern verzeichneten wir 71 Hospitalisationen, also über dreimal mehr als am 31. August. Gleich geblieben ist die Zahl der Beatmeten bei sechs. Im Sieben-Tages-Mittel liegen wir heute ungefähr bei 393 Fällen. Die Zahlen haben sich in den letzten drei Wochen verdoppelt, verdreifacht und sie werden in den nächsten zwei, drei Wochen nochmals deutlich steigen, bis die Massnahmen, die gestern verordnet wurden, Wirkung zeigen. Ziel muss es nun sein, die Ansteckungen wieder deutlich zu senken. Der Regierungsrat unterstützt die gestern vom Bund angeordneten neuen Massnahmen. In der aktuellen Lage macht es Sinn, dass es für die ganze Schweiz klare, verständliche und einheitliche Regeln gibt. Die Massnahmen entsprechen auch zu einem grossen Teil den Massnahmen, die der Regierungsrat bereits angeordnet oder in der Planung hatte. Wir werden diese Woche zusammen mit dem Sonderstab prüfen, ob und welche kantonalen Massnahmen justiert oder angepasst werden müssen. Die Gesundheitsdirektion selber ist mit den Spitälern und weiteren Institutionen daran, das Contact Tracing und die Testmöglichkeiten auszubauen. Ich kann Sie bereits vorab informieren, die Medienmitteilung geht in circa einer

Stunde raus: Wir starten heute einen Pilotbetrieb mit vier Apotheken im Kanton Zürich, wo sich asymptomatische oder leicht symptomatische Personen testen lassen können. An dieser Stelle danken wir auch für die gute Zusammenarbeit mit dem Apothekerverband.

Wir sind, wie gesagt, in engem Kontakt mit den Gesundheitsinstitutionen und vor allem den Spitälern. Diese handeln, wie schon in der ersten Welle, sehr eigenverantwortlich, arbeiten gut zusammen und koordinieren die Covid-Patienten untereinander. Sie sind gut aufgestellt im Kanton Zürich. Es ist sicher auch die Zeit, den Mitarbeitenden der Gesundheitsinstitutionen, der Spitäler, der Heime, der Arztpraxen oder eben auch der Apotheken zu danken und ihnen auch viel Kraft zu wünschen für die kommenden Wochen.

Das oberste Ziel für den Regierungsrat ist es, den Kanton Zürich oder auch nur Teile des Kantons vor einem erneuten Lockdown zu bewahren. Das wäre für ganz viele Menschen und Betriebe, Unternehmungen und KMU in unserem Kanton der Worst Case. Daher brauchen wir nun die ganze Zürcher Bevölkerung, die mitmacht und mithilft, also zählen auch Sie, geschätzte Kantonsrätinnen und Kantonsräte.

Und nun komme ich zum eigentlichen Thema heute: Die Einreisequarantäne ist ein relativ einfaches und dennoch wirkungsvolles Mittel, um die weitere Verbreitung des Virus in unserem Kanton zu bremsen. Wenn wir das nicht schaffen, drohen weit schädlichere Massnahmen für die Zürcher Bevölkerung und die Zürcher Wirtschaft. Sie können einem ausländischen Corona-Test nur bedingt vertrauen, denn Sie wissen nicht, unter welchen Bedingungen und auf welche Art und Weise der Abstrich gemacht wurde. Sie haben auch keine Garantie für die Echtheit des ausländischen Zertifikats. Und Sie wissen auch nicht, ob sich die Person nach dem Test doch noch angesteckt hat. Kurzum: Ein bis zu 48 Stunden alter Test aus einem fremden Land bringt zu wenig Sicherheit, Stand heute. Bedenken Sie dabei bitte auch, dass die Einreisenden nach der Ankunft im Kanton Zürich ohne Quarantäne ihr normales Familien-, Gesellschafts- und Arbeitsleben weiterführen, wo die Gefahr besteht, sich anzustecken. Natürlich ist die Gefahr seit heute kleiner, weil wir wieder mehr Massnahmen angeordnet haben.

Die Ausgestaltung der Einreisequarantäne, das heisst, ihre Dauer und die Bedingungen einer vorzeitigen Beendigung, wird derzeit in Bundesbern geprüft, wie Verschiedene von Ihnen bereits angemerkt haben. Dabei werden natürlich auch die negativen Auswirkungen berücksichtigt. Der Regierungsrat bringt sich in diesen Prozess ein. Die Gesundheitsdirektion hat sich nach Rücksprache mit den anderen Direktionsvorsteherinnen und -vorstehern im Rahmen der GDK (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren*) zu aktuellen Vorschlägen des Bundesrates geäussert. Wir unterstützen eine Verkürzung der Einreisequarantäne von zehn auf sieben Tage, sofern es die epidemiologische Lage zulässt. Hier kann ich Kantonsrat Bourgeois noch antworten, der meint, es brauche manchmal Druck des Kantonsrates oder der Medien: Das ist unbestritten so. In diesem Fall kann ich Ihnen aber sagen: Ich war da schon aktiv, bevor Sie Ihr Postulat eingereicht haben.

Der Regierungsrat hat in der Stellungnahme zum Postulat ausgeführt, dass er eine Verkürzung der Quarantänedauer befürwortet, wenn es die epidemiologische Lage zulässt. Ob der Bundesrat heute die aktuelle Lage so einberechnet, dass es die epidemiologische Lage zulässt, muss ich dem Bundesrat überlassen. Auf alle Fälle ist das Anliegen in Bern platziert, eine Vernehmlassung wurde kürzlich durchgeführt, der Regierungsrat hat sich, wenn möglich, für eine Verkürzung auf sieben Tage ausgesprochen.

Dieses Postulat braucht es somit nicht. Folgen Sie bitte dem Regierungsrat und lehnen Sie das Postulat ab. Vielen Dank. Und ich danke Ihnen auch für die unterstützenden Worte für den Regierungsrat bei der Bekämpfung von Covid.

Ratspräsident Roman Schmid: Wir kommen in Kürze zur Abstimmung und hier muss ich noch eine Korrektur vornehmen. Vielen Dank für die zahlreichen Hinweise, welche bei uns hier vorne eingegangen sind. Die Leader brauchen es und Sie auch: Eine gewisse Anschaulichkeit des Abstimmungsverhaltens muss gegeben sein. Wir gehen folgendermassen vor: Sie stimmen wie vorhin mit Ihrem Gerät ab. Die Stimmzähler müssen nicht zählen. Ich werde aber während der Abstimmungsdauer zuerst die Ja-Stimmenden aufrufen, dann können sich diese erheben und wieder setzen. Dann folgt das gleiche Prozedere für die Nein-Stimmenden und diejenigen, die sich enthalten wollen. Dies sollte innerhalb von 45 Sekunden möglich sein. Wir probieren es.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 137 : 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 316/2020 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.